

kontrollabkommen). Die Kredite der Bausparkassen wachsen daher in Konjunktur und Rezession, bei Liquiditätsenge und Überliquidität gleich schnell und auch ihre Zinssätze müssen nicht angepaßt werden.

Die volkswirtschaftliche Problematik der Bausparförderung muß im Zusammenhang mit den verworrenen Wohnungs- und Mietverhältnissen gesehen werden. Auch die übrige Wohnbauförderung arbeitet mit verhältnismäßig hohen staatlichen Förderungen (Kredite bis zu 100 Jahren, keine oder nur 1%ige Verzinsung, überaus niedrigen Altmieten) und Kredite werden zum größten Teil aus Budget- oder Fondsmitteln vergeben, die ebenfalls von Konjunktуреinflüssen völlig unabhängig sind. Schließlich gelten auch die Kreditrestriktionsmaßnahmen

bei den anderen Kreditunternehmungen für Wohnbaukredite nur zum Teil.

Eine Neuregelung der Bausparförderung setzt daher ein konstruktives Konzept für die gesamte Wohnungswirtschaft voraus. Sie müßte außerdem berücksichtigen, daß die finanzielle Lage der Bausparkassen künftig nicht mehr so günstig sein wird wie in den letzten Jahren. Die Spareinlagen werden langsamer wachsen, weil zunehmend Steuersparverträge ablaufen und die Gelder abgehoben werden; die Tilgungen werden den Ausfall wegen der verhältnismäßig langen Tilgungsfristen und der mäßigen Zinssätze nur zum Teil ausgleichen können. Die Bausparkassen werden daher verstärkt auf Fremdmittel zurückgreifen oder die Wartefristen verlängern müssen.

Der Bundeshaushalt 1962 und 1963

Nach vier Monate langen Regierungsverhandlungen wurde der Bundesvoranschlag 1963 im Frühjahr verabschiedet. Gleichzeitig liegt bereits der vorläufige Rechnungsabschluß 1962 vor. Dadurch ist es möglich, beide gemeinsam zu besprechen und einen systematischen Überblick über Entwicklung und Struktur des Bundesbudgets in den Jahren 1962 und 1963 zu vermitteln. Auf seine ökonomische Problematik wurde bereits im April-Heft (S. 137) hingewiesen.

Der vorläufige Abschluß 1962

1961 war es gelungen, das Defizit im Staatshaushalt auf die im ordentlichen Haushalt verrechneten Ausgaben für Schuldentilgung zu beschränken. 1962 konnte das Ziel eines „konjunkturneutralen“ Budgets nicht mehr voll erreicht werden. Das formelle Defizit der Gesamtgebarung stieg von 943 Mill. S auf 1.664 Mill. S. Nach Abzug der Schuldentilgungen (1.180 Mill. S) verblieb ein echtes konjunkturwirksames Defizit von 484 Mill. S. Dank einer sparsamen Gebarung hielt sich zwar die Ausgabensteigerung in etwas engeren Grenzen als 1961. Gleichzeitig stiegen aber die Einnahmen viel schwächer, weil die Konjunktur nachließ und der Bund im Gegensatz zu 1961 keine Steuern und Tarife erhöhte (die Lohnsteuer und die Zölle wurden sogar gesenkt).

Die *Gesamtausgaben* des Bundes waren 1962 mit 54,08 Mrd. S (davon 1,44 Mrd. S im außeror-

dentlichen Haushalt) um 4,08 Mrd. S oder 8% höher als 1961. Der Bund gab vor allem für Personal (+1,36 Mrd. S), Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung (+0,82 Mrd. S), Kinder- und Familienbeihilfen (+0,66 Mrd. S), Sozialversicherung (+0,51 Mrd. S), Sachkosten der Betriebe (+0,48 Mrd. S) und Subventionen (+0,43 Mrd. S) mehr aus. Größere Einsparungen waren nur im Kapitel „Staatsvertrag“ (−0,51 Mrd. S, davon −0,40 Mrd. S Ablöselieferungen), beim Erwerb von Vermögenswerten (−0,37 Mrd. S) und bei der Staatsschuld (−0,17 Mrd. S) möglich.

Der *Personalaufwand* stieg um 8% (+1,36 Mrd. S) auf 18,10 Mrd. S, hauptsächlich wegen der zweiten Etappe der Gehaltsregulierung vom 1. Juli 1961. 12,58 Mrd. S waren Aktivbezüge und 5,52 Mrd. S Pensionen. Die Personalkosten erreichten ebenso wie 1961 33% der Gesamtausgaben. In den Jahren vorher war der Anteil höher gewesen (1960: 35%).

Der Bundeshaushalt seit 1961

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+), Abgang (-)		
	1961 Erfolg	1962 Vorläufiger Erfolg	1963 Bundes- voranschlag	1961 Erfolg	1962 Vorläufiger Erfolg Mill S	1963 Bundes- voranschlag	1961 Erfolg	1962 Vorläufiger Erfolg	1963 Bundes- voranschlag
Ordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	34 119	38 452	42 088	36 603	39 516	42 782	+ 2 484	+ 1 064	+ 694
Monopole	629	713	729	1 045	1 151	1 182	+ 416	+ 438	+ 453
Betriebe	4 412	5 008	5 245	4 557	4 931	5 226	+ 145	- 77	- 19
Bundesbahnen	7 516	8 218	8 230	6 340	6 526	6 528	- 1 176	- 1 692	- 1 702
ERP-Gebarung	437	243	—	465	246	—	+ 27	+ 3	—
Zusammen	47 113	52 634	56 292	49 010	52 370	55 718	+ 1 897	- 264	- 574
Außerordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	2 059	497	1 719	30	44	—	- 2 029	- 453	- 1 719
Betriebe	821	947	1 062	10	—	—	- 811	- 947	- 1 062
Zusammen	2 880	1 444	2 781	40	44	—	- 2 840	- 1 400	- 2 781
Gesamterfolg	49 993	54 078	59 073	49 050	52 414	55 718	- 943	- 1 664	- 3 355
Anlehensgebarung	357	—	—	1 618	—	—	+ 1 260	+ 1 820	—
Unwirksame Gebarung	514	—	—	887	—	—	+ 373	—	—
Veränderung der Kassenbestände	—	—	—	—	—	—	+ 406	—	—

Struktur der Bundesausgaben

	1961	1962	1963	Bundes- vor- anschlag
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	
I Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung				
Personalaufwand für Aktive	6 516	7 070	+ 554	7 537
Pensionen	2 411	2 573	+ 162	2 716
Beihilfen Renten, Unterstützungen	5 375	6 200	+ 825	6 840
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	3 479	3 985	+ 506	4 660
Subventionen	2 033	2 466	+ 433	2 865
Staatsschuld	2 472	2 305	- 167	2 823
Brutto-Invest der ordentl. Gebarung	1 662	2 509	+ 847	2 415
Investitionsfördg d. ordentl. Gebarung	1 028	1 207	+ 179	1 017
Instandhaltung und Reparaturen	496	531	+ 35	516
Ablöselieferungen an die UdSSR	724	325	- 399	331
Sonstige Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	951	839	- 112	1 083
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand; s. o.)	1 249	1 374	+ 125	1 318
Erwerb von Vermögenswerten	328	800	+ 472	1 085
Laufende Transfers an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	507	520	+ 13	630
Durchlaufposten (unechter Aufwand)	3 259	2 990	- 269	3 333
Übriger Sachaufwand und sonstige Ressortausgaben (Restpost)	2 138	2 758	+ 620	2 919
Summe I	34 119	38 452	+ 4 333	42 088
II Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe				
Personalaufwand für Aktive	5 049	5 505	+ 456	5 707
Pensionen	2 764	2 951	+ 187	2 965
Betriebsaufwand (sachlicher)	3 288	3 773	+ 485	3 775
Instandhaltung	714	765	+ 51	795
Brutto-Investit der ordentl. Gebarung	742	945	+ 203	962
Summe II	12 557	13 939	+ 1 382	14 204
III Ordentliche ERP-Gebarung	437	243	- 194	—
IV Außerordentliche Gebarung				
Landesverteidigung	—	—	—	484
Erwerb von Vermögenswerten	844	—	- 844	250
A o Investit. der Hoheitsverwaltung	1 047	460	- 587	765
A o Investitionen der Betriebe	802	941	+ 139	1 062
A o Investitionsförderung	187	43	- 144	220
Summe IV	2 880	1 444	- 1 436	2 781
Ausgaben insgesamt (I—IV)	49 993	54 078	+ 4 085	59 073

Der Aufwand für *Beihilfen, Renten und Unterstützungen* (ohne Pensionen) erhöhte sich um 15% (+0,82 Mrd. S) auf 6,20 Mrd. S. Die 20%ige Erhöhung der Kinder- und Familienbeihilfen (ab 1. Juli 1961) sowie die Säuglings- und Mütterbeihilfen waren ganzjährig wirksam. Außerdem erforderte

Personalaufwand

	1961	1962	1963	Bundes- vor- anschlag
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zu- nahme (+) Abnahme (-)	
Löhne und Gehälter der Aktiven				
Hoheitsverwaltung	6 516	7 070	+ 554	7 537
Monopole und Betriebe	5 049	5 505	+ 456	5 707
Pensionen	11 565	12 575	+ 1 010	13 244
Hoheitsverwaltung	2 411	2 573	+ 162	2 716
Monopole und Betriebe	2 764	2 951	+ 187	2 965
Insgesamt	5 175	5 524	+ 349	5 681
Hoheitsverwaltung	8 927	9 643	+ 716	10 253
Monopole und Betriebe	7 813	8 456	+ 643	8 672
	16 740	18 099	+ 1 359	18 925

erstmalig seit Jahren die Arbeitslosenfürsorge etwas mehr Mittel (+0,10 Mrd. S).

Die zweite Etappe der Rentenreform ließ die Bundeszuschüsse an die *Sozialversicherung* um 15% (+0,51 Mrd. S) auf 3,99 Mrd. S steigen. Die Kosten der zweiten Etappe waren etwa halb so hoch wie die der ersten. (Die dritte Etappe ab 1963 wird allerdings dem Bund wieder mehr kosten.) Der Zuschuß an die Sozialversicherung hat sich in den letzten Jahren sprunghaft erhöht. 1958 hatte er erst 1,41 Mrd. S betragen.

Beihilfen, Renten und Unterstützungen

	1961	1962	1963	Bundes- vor- anschlag
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	
Mill S				
Kinder- und Familienbeihilfen	3 233	3 890	+ 657	4 340
Kriegsopferfürsorge	1 382	1 379	- 3	1 395
Arbeitslosenunterstützungen	579	681	+ 102	780
Opferfürsorge und Kleinentner	88	90	+ 2	91
Sonstiges	93	160	+ 67	234
	5 375	6 200	+ 825	6 840

Für *Subventionen* wurden 2,47 Mrd. S aufgewendet, um 21% (+0,43 Mrd. S) mehr als 1961. Im Gegensatz zum Vorjahr entfiel vom Mehrauf-

wand an Stützungen nur ein Drittel auf Milch, weit mehr als die Hälfte dagegen auf Brotgetreide (höhere Marktleistung und Lagerungskosten).

Subventionen

	1961 Erfolg	1962		1963 Bundes- vor- anschlag
		Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	
Mill S				
Brotgetreide	529	778	+249	733
Milch ¹⁾	1 026	1 171	+145	1 577
Sonstige Lebensmittel	67	47	- 20	36
Futtermittel	128	77	- 51	160
Düngemittel	229	306	+ 77	244
Sonstige Preisstützungen	59	91	+ 32	115
Abzüglich Rückersätze	-5	-4	+ 1	
	2 033	2 466	+433	2 865

¹⁾ Einschließlich Zuschuß zum Defizit des Milchwirtschaftsfonds (1961 bis 1963: 210, 327 und 424 Mill S)

Die Ausgaben für die *Staatsschuld* sanken erstmalig seit Jahren, und zwar um 7% (0'17 Mrd. S) auf 2'30 Mrd. S, da der Bund die ursprünglich vorgesehene Tilgung von 310 Mill S Schulden aufschob. Die kurzfristige Schatzscheinschuld konnte nur um 277 Mill. S vermindert werden (1961 um 586 Mill. S). Vom Gesamtaufwand entfielen 1'09 Mrd S auf Zinsen und 1'18 Mrd S auf Tilgungen.

Für *Investitionen* und investitionsähnliche Zwecke (Brutto-Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung) wurden insgesamt 7'58 Mrd. S bereitgestellt, um 0'82 Mrd. S oder 12% mehr als 1961. Verglichen mit 1960 (7'40 Mrd. S) waren die Investitionen allerdings nominell nur wenig höher und real sogar niedriger. Die zusätzlichen Investitionen des Bundes milderten die Schwäche auf den heimischen Investitionsgütermärkten. Sie konnten allerdings den Mangel an privaten Aufträgen weder quantitativ noch qualitativ ausgleichen, da sie hauptsächlich der ohnehin gut ausgelasteten Bauwirtschaft zugute kamen. Die an sich verhältnismäßig geringen Ausrüstungs-Investitionen konzentrierten sich auf einige wenige Sparten (z. B. Schwachstromindustrie, Waggonbau). An der Ausweitung der Brutto-Investitionen des Bundes hatten die ÖBB (+0'26 Mrd. S), der Straßenbau (+0'19 Mrd. S) und die Post (+0'09 Mrd. S) den größten Anteil.

Die öffentlichen *Wohnbaufonds* (Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds und Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds) werden zwar vom Bund verwaltet, aber nicht im Budget verrechnet (extrabudgetäre Fonds). Beiden Fonds standen 1962 ebenso wie im Vorjahr 2'0 Mrd. S an Steuern, Anleihen, Darlehensrückflüssen und Bundeszuschüssen zur Verfügung. Tatsächlich verbaut wurden je 1'5 Mrd. S (der

Rest wurde für sonstige Ausgaben verwendet oder noch nicht ausgegeben).

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung des Bundes

	1961 Erfolg	1962		1963 Bundes- vor- anschlag
		Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	
Mill S				
I Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	1 968	2 160	+192	2 214
Hochbauten	318	345	+ 27	418
Wasserbau und sonstige Bauten	169	158	- 11	210
Inventar, Maschinen, Fahrzeuge	255	306	+ 51	338
Brutto-Investitionen insgesamt	2 710	2 969	+259	3 180
Instandhaltung	496	531	+ 35	516
II Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahnen	954	1 216	+262	1 279
Post	517	605	+ 88	677
Sonstige	73	65	- 8	68
Brutto-Investitionen insgesamt	1 544	1 886	+342	2 024
Instandhaltung	714	765	+ 51	795
III Investitionsförderung in anderen Bereich der Wirtschaft				
Wohnungsbau	269	178	- 91	134
Land- und Forstwirtschaft	352	422	+ 70	489
Industrie, Gewerbe, Handel	332	450	+118	228
Sonstige Darlehen und Zuschüsse	186	200	+ 14	386
Summe III	1 139	1 250	+111	1 237
Investitionen, Instandhaltung und Investitions- förderung insgesamt	6 755	7 580	+825	7 892
davon Brutto-Investitionen	4 254	4 855	+601	5 204
Instandhaltung ¹⁾	1 362	1 475	+113	1 451
Investitionsförderung	1 139	1 250	+111	1 237

¹⁾ Davon militärische Bauten 152, 179 bzw. 140 Mill S

Baufinanzierung der öffentlichen Wohnbaufonds

	1961 Erfolg	1962		1963 Schät- zung
		Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	
Mill S				
I Gewährte Baudarlehen				
Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds (WWF)	911	932	+ 21	1 000
Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds (BWSF)	543	508	- 35	550
Gefördertes Bauvolumen	1 454	1 440	- 14	1 550
II Bedeckung				
Beiträge zum WWF	961	1 083	+122	1 160
Anleihen des WWF	200	100	-100	100
Wohnbauförderungsbeiträge (zum BWSF)	450	476	+ 26	500
Darlehensrückflüsse	180	200	+ 20	220
Bundeszuschüsse	175	100	- 75	20
	1 966	1 959	- 7	2 000

Die *Einnahmen* des Bundes erreichten 1962 52'41 Mrd. S, um 3'36 Mrd. S oder 7% mehr als im Vorjahr. Sie stiegen annähernd so wie das nominelle Brutto-Nationalprodukt (+6%). Die Steuern- und Abgabenerträge wuchsen stärker, die übrigen Einnahmen schwächer.

An *öffentlichen Abgaben* gingen brutto 40'07 Mrd. S (+3'80 Mrd. S oder 10%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile) 26'46 Mrd. S (+2'21 Mrd. S oder 9%) ein. Wie im Vorjahr erhöhten sich die Erträge der direkten Steuern (+13%) stärker als die der indirekten (+9%), weil die Kon-

junkturgewinne von 1960 noch nachwirkten, zum Teil aber auch weil die Steuerveranlagung und -einhebung beschleunigt wurde.

Von den *direkten Steuern* (16 70 Mrd S) brachte die veranlagte Einkommensteuer 4 25 Mrd. S (+ 0 57 Mrd S oder 16%), die Körperschaftsteuer 2 32 Mrd. S (+ 0 19 Mrd. S oder 9%) und die Gewerbesteuer 2 32 Mrd. S (+ 0 35 Mrd. S oder 12%) Auch das Lohnsteueraufkommen erhöhte sich um 0 45 Mrd. S (14%) auf 3 65 Mrd. S, obwohl die Steuersätze Mitte 1962 gesenkt wurden

Von den *indirekten Steuern* (insgesamt 23 37 Mrd S) entfielen 10 34 Mrd. S (+ 0 87 Mrd. S oder 9%) auf die Umsatzsteuer. Die Zolleinnahmen waren mit 3 42 Mrd. S nur geringfügig höher als im Vorjahr (um 0 13 Mrd. S oder 4%), da die Einfuhr mäßig wuchs und die Zölle gesenkt wurden. Größere Mehrerträge warfen die Verbrauchsteuern (+ 0 57 Mrd. S oder 13%), darunter vor allem die Tabaksteuer (+ 0 22 Mrd S oder 12%) und die Mineralölsteuer (+ 0 33 Mrd. S oder 15%) ab Der Ertrag an Gebühren und Verkehrsteuern stieg um 0 35 Mrd S oder 8%

Struktur der Bundeseinnahmen

	1961 Erfolg	1962 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1963 Bundes- voran- schlag
	Mill S			
I. Laufende Einnahmen der				
Hoheitsverwaltung				
Steuern und Abgaben	24 247	26 457	+ 2 210	29 044
Steuerähnliche Einnahmen	5 239	5 330	+ 91	5 930
Laufende Beiträge anderer öffentlicher Körperschaften und Fonds	570	580	+ 10	591
Überweisungen aus dem Ausland	60	772	+ 712	499
Zinsen (ohne ERP)	272	320	+ 48	371
Darlehensrückflüsse (ohne ERP)	492	200	- 292	187
Gewinnanteile und Vermögenserträge	747	780	+ 33	872
Veräußerungserlöse	593	600	+ 7	612
Pensionsbeiträge der Beamten	199	218	+ 19	210
Durchlaufposten (unechte Erträge)	3 259	2 990	- 269	3 333
Laufende Ressort-einnahmen und Kostensätze (Restpost)	925	1 269	+ 344	1 133
Summe I	36 603	39 516	+ 2 913	42 782
II. Einnahmen der Monopole und				
Bundeseinrichtungen				
Monopole	1 045	1 151	+ 106	1 182
Post	3 606	3 936	+ 330	4 260
Bundesbahnen	6 340	6 526	+ 186	6 528
Sonstige Betriebe	951	995	+ 44	966
Summe II	11 942	12 608	+ 666	12 936
III. Ordentliche ERP-Gebahrung	465	246	- 219	-
IV. Außerordentliche Gebahrung	40	44	+ 4	-
Einnahmen insgesamt	49 050	52 414	+ 3 364	55 718

An *steuerähnlichen Einnahmen*, die hauptsächlich von der Lohnsumme bemessen werden, gingen 5 33 Mrd S ein, um 0 09 Mrd. S oder 2% weniger als 1961, weil der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab 1. Jänner 1962 von 3% auf 2% gesenkt wurde.

Die *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung bestehen hauptsächlich aus „Kostensätzen“, Vermögenserträgen und Veräußerungserlösen Die Vermögenserträge (ohne Zinsen) stammen großteils aus Gewinnanteilen des Bundes an der Nationalbank (168 Mill S) und an den verstaatlichten Banken und Unternehmungen (272 Mill. S) sowie aus Montagegebühren (Förderzins 220 Mill. S). Sie waren mit 0 78 Mrd S um 0 03 Mrd S höher als im Vorjahr Die Veräußerungserlöse erreichten 0 60 Mrd. S, etwa gleich viel wie 1961 Aus dem Kreuznacher Abkommen gingen erstmalig 0 77 Mrd S ein

Die *Betriebe und Monopole* nahmen 1962 12 61 Mrd. S ein, um 0 67 Mrd. S (+ 6%) mehr als 1961

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1961 Erfolg	1962 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1963 Bundes- voran- schlag
	Mill S			
A. Steuern				
1. Direkte Steuern				
Einkommensteuer	3 679	4 252	+ 573	4 500
Lohnsteuer	3 196	3 645	+ 449	4 000
Körperschaftsteuer	2 135	2 321	+ 186	2 320
Vermögensteuer	539	591	+ 52	1 080
Gewerbesteuer	2 965	3 310	+ 345	3 620
Beiträge zum WWF	961	1 083	+ 122	1 141
Beiträge für die Länder zur Wohnbauförderung	454	515	+ 61	545
Beiträge für den Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	273	309	+ 36	327
Wohnbauförderungsbeitrag (BWSI)	450	476	+ 26	480
Sonstige direkte Steuern	177	200	+ 23	210
Summe 1	14 829	16 702	+ 1 873	18 223
2. Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer	9 472	10 341	+ 869	11 117
Zölle	3 297	3 424	+ 127	3 500
Tabaksteuer	1 801	2 019	+ 218	2 210
Mineralölsteuer	2 246	2 576	+ 330	2 850
Biersteuer	388	401	+ 13	425
Weinsteuer und Branntweinabgabe	123	136	+ 13	149
Rechnungsstempel	1 624	1 772	+ 148	1 853
Beförderungsteuer	450	498	+ 48	510
Grundwerbsteuer	345	347	+ 2	345
Versicherungsteuer	213	239	+ 26	270
Kraftfahrzeugsteuer	206	232	+ 26	320
Erbsteuer	142	171	+ 29	150
Erbsteueräquivalent	159	204	+ 45	240
Sonstige Gebühren und Abgaben	980	1 008	+ 28	1 074
Summe 2	21 446	23 368	+ 1 922	25 013
Öffentliche Abgaben brutto	36 275	40 070	+ 3 795	43 236
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	12 028	13 613	+ 1 585	14 192
Öffentliche Abgaben netto (A)	24 247	26 457	+ 2 210	29 044
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1 317	992	- 325	955
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds	3 068	3 371	+ 303	3 820
Beiträge zum Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	341	378	+ 37	397
Sonderbeiträge gemäß § 12 Wohnungsbauhilfengesetz	304	320	+ 16	326
Einnahmen des Preisausgleichsfonds	192	252	+ 60	415
Sonstige	17	17	-	17
Summe B	5 239	5 330	+ 91	5 930
Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt (A + B)	29 486	31 787	+ 2 301	34 974

Der Mehrertrag wurde im Gegensatz zum Vorjahr ohne Tarifierhöhungen erzielt. Vor allem die Post (+9%), aber auch die Monopole (+10%) und die ÖBB (+3%) vollbrachten echte Mehrleistungen. Dennoch stieg ihr Netto-Defizit auf mehr als das Doppelte, von 615 Mill. S auf 1.331 Mill. S. Allerdings war es im Vorjahr besonders niedrig gewesen (1960 z. B. hatte es 1.233 Mill. S betragen).

Die ERP-Gebarung wurde ab 1. Juli 1962 einem Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit übertragen und damit aus dem Bundesbudget ausgeschieden.

Die Bundesschuld stieg 1962 um 670 Mill. S¹⁾ auf 23.02 Mrd. S (1961 war sie zum ersten Male seit 1957 unverändert geblieben). Trotzdem ist ihr Anteil am Brutto-Nationalprodukt von 13% auf 12% zurückgegangen. 1950 hatte er noch 21% und 1937 sogar 39% betragen. Im Gegensatz zur Höhe sind allerdings die laufenden Kosten der Bundesschuld (Tilgung und Verzinsung) im letzten Jahrzehnt fühlbar gestiegen. Nur 1962 gingen sie etwas zurück (von 2.47 Mrd. S auf 2.30 Mrd. S oder von 1.4% auf 1.2% des Brutto-Nationalproduktes), da verschiedene Tilgungen aufgeschoben wurden. Die durchschnittliche Verzinsung der Staatsschuld betrug in den letzten zwei Jahren 4.5% und 4.8% (1937 3.7%).

Stand der Finanzschulden des Bundes¹⁾

	1960		1961		1962	
	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung
Mill. S						
I. Auslandsschuld						
davon						
a) Titrierte Schuld . . .	1 774	+ 459	2 716	+942	1 656	-1.060
b) Nicht titrierte Schuld.	554	- 391	502	- 52	2.017	+1.515
Summe I	2 328	+ 68	3 218	+890	3 673	+ 455
II. Inlandsschuld						
1. Fundierte Schuld	12 008	+1.404	11.738	-270	12 230	+ 492
davon						
a) Titrierte Schuld . . .	8 164	+1.184	8 435	+271	9 268	+ 833
b) Nicht titrierte Schuld	3.844	+ 220	3.303	-541	2 962	- 341
2. Schwebende Schuld ²⁾ . .	7.978	+1.058	7.392	-586	7.115	- 277
Summe II	19.986	+2.462	19.130	-856	19.345	+ 215
Gesamte Bundesschuld	22 314	+2.530	22 348	+ 34	23 018	+ 670
davon						
Kurzfristig ³⁾	9 367	+1.169	8.404	-963	8 898	+ 494
Langfristig ⁴⁾	12 947	+1.361	13.944	+997	14 120	+ 176

¹⁾ Jeweils zu Jahresende — ²⁾ Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr (Bundesschatzscheine). — ³⁾ Laufzeit bis einschließlich 5 Jahre — ⁴⁾ Laufzeit länger als 5 Jahre

Der Voranschlag 1963

Der Bundesvoranschlag 1963 enthält Gesamtausgaben von 59.07 Mrd. S (davon 2.78 Mrd. S im außerordentlichen Haushalt) und Gesamteinnahmen von 55.72 Mrd. S. Der Gesamtabgang wird mit 3.35

Mrd. S veranschlagt; er ist doppelt so hoch wie der tatsächliche Abgang 1962 (1.66 Mrd. S). Verglichen mit dem vorläufigen Erfolg 1962 sollen die Ausgaben um 9% (+5.0 Mrd. S) und die Einnahmen um 7% (+3.3 Mrd. S) steigen. Beide Zuwachsraten sind höher als die geschätzte Zuwachsrate für das nominelle Brutto-Nationalprodukt (+6%). Sowohl die Höhe des Defizites als auch die Ausweitung der Ausgaben verleihen dem Budget 1963 expansiven Charakter. Die Auftriebskräfte sind jedoch viel geringer als die des Budgets 1958, das in eine ähnliche Konjunkturlage fiel (das Defizit nach Abzug der Schuldentilgung beläuft sich auf 1.8 Mrd. S oder 3% der Gesamtausgaben, gegen 4.6 Mrd. S oder 11% 1958).

Im einzelnen sieht der Voranschlag Mehrausgaben (verglichen mit dem Erfolg 1962) für Personal²⁾ (+0.83 Mrd. S oder 4%), Investitionen (+0.35 Mrd. S oder 7%), Sozialversicherung (+0.67 Mrd. S oder 17% wegen der dritten Etappe der Rentenreform), Staatsschuld (+0.52 Mrd. S oder 23% wegen höheren Tilgungen), Landesverteidigung (Sachaufwand +0.43 Mrd. S oder 31% wegen Neuausrüstung des Bundesheeres), Kinder- und Familienbeihilfen (+0.45 Mrd. S oder 12%) und Subventionen (+0.40 Mrd. S oder 16% wegen höherer Milchpreisstützung) vor. Ausgaben senkungen waren praktisch nicht möglich.

Auf der Einnahmenseite sind folgende Mehreinnahmen (verglichen mit dem Erfolg 1962) präliminiert: Steuern und Abgaben (netto) 2.59 Mrd. S (+10%), steuerähnliche Einnahmen 0.60 Mrd. S (+11%), sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung 0.10 Mrd. S (+1%), Einnahmen der Monopole und Betriebe 0.33 Mrd. S (+3%). Der Großteil der Mehreinnahmen (72% ohne ERP-Gebarung) wird aus Steuern und Abgaben erwartet, wobei nicht nur der „natürliche“ Einnahmenezuwachs, sondern auch verschiedene Steuererhöhungen (Vermögenssteuer, Ausgleichsteuer, Kürzung der Exportrückvergütung, Kfz-Steuer usw.) und das Notopfer der Länder und Gemeinden (0.52 Mrd. S) berücksichtigt wurden. (Der Brutto-Ertrag an öffentlichen Abgaben steigt mit 8% schwächer als der Netto-Ertrag.)

Wie weit der Voranschlag eingehalten werden kann, läßt sich zur Zeit nur schwer beurteilen. Die Gesamtausgaben dürften angesichts der angespannten Budgetlage kaum nennenswert überschritten

²⁾ Einschließlich der nachträglich vereinbarten Gehaltserhöhung (7% ab 1. Oktober 1963 und 140 S pro Kopf und Monat vom 1. Mai bis 30. September 1963) wird der Personalaufwand um 1.4 Mrd. S (+8%) steigen. Diese zusätzlichen Kosten sollen durch Ausgabenkürzungen und Stempelgebührenerhöhungen gedeckt werden.

¹⁾ Davon entfielen 252 Mill. S auf die Anerkennung von Vorkriegsschulden (Dosag-Regelung)

werden (die Gehaltserhöhungen sind durch Ausgabeneinsparungen und Gebührenerhöhungen gedeckt). Fraglich ist jedoch, ob der präliminierte Einnahmenezuwachs von 7% erreicht wird. Da die Einnahmen im I. Quartal (zum Teil witterungsbedingt) sehr niedrig waren, müßte in den restlichen drei Quartalen um 9% bis 10% mehr eingehen als in den entsprechenden Vorjahresquartalen. Unter diesen Umständen wird selbst das Defizit im ordentlichen Haushalt (0,6 Mrd. S) nur schwer durch Einsparungen und Mehreinnahmen ausgeglichen werden können. Der Bund wird größere Schulden auf den (in- und ausländischen) Geld- und Kapitalmärkten aufnehmen müssen, was trotz der hohen Flüssigkeit der Wirtschaft und des Kreditapparates nicht leicht sein wird.

Die *volkswirtschaftliche Problematik* des Budgets liegt darin, daß die Staatsausgaben nicht erst 1963, sondern schon seit Jahren stärker steigen als das nominelle Brutto-Nationalprodukt. Von 1961 bis 1963 z. B. betragen die jährlichen Zuwachsraten der Staatsausgaben 10%, 8% und 9%, die Zuwachsraten des nominellen Brutto-Nationalproduktes dagegen 9%, 6% und 6%. Infolge des überproportionalen Wachstums der Ausgaben droht das

Budget ständig defizitär zu werden. Um diese Konsequenz zu vermeiden oder zumindest den Abgang in Grenzen zu halten, werden immer wieder Steuer- und Tarifierhöhungen (z. B. 1961 und 1963) nötig. Die Mehrbelastungen werden jedoch von den Einkommensempfängern meist nicht widerspruchslos hingenommen, sondern durch neue Einkommensforderungen zumindest teilweise zu kompensieren versucht. Vom Staatshaushalt gehen daher sowohl von der Nachfrageseite (Defizit) als auch von der Kostenseite (Steuer- und Tarifierhöhungen) anhaltend Auftriebstendenzen aus. Der Kostenauftrieb beeinträchtigt die Stabilität des Geldwertes und hemmt das reale wirtschaftliche Wachstum. Der Nachfrageauftrieb kann in Perioden schwacher Konjunktur die Produktion anregen. Seine konjunkturfördernde Wirkung im Jahre 1963 wird jedoch dadurch geschwächt, daß die Mehrausgaben des Bundes hauptsächlich dem Konsum zufließen und nur wenig zur Überwindung der Schwäche auf den Investitionsgütermärkten beitragen, die die Konjunkturlaute verursacht haben. Ob die Anregung des Konsums die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft stärken und damit mittelbar die Konjunktur beleben wird, ist zumindest auf kurze Sicht fraglich.